

Sven Biscop:

Security and development: a positive agenda for a global EU-UN partnership

Chaillot Paper, Nr. 78 (Juni 2005), S. 17–30

Sven Biscop, Senior Research Fellow am belgischen Royal Institute for International Relations, thematisiert den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Entwicklung. Dabei stimmt er mit der Aussage des UN High Level Panels on Threats, Challenges and Change überein, dass die Legitimität des Systems der kollektiven Sicherheit der UN abhängig ist von der Fähigkeit, den elementaren Anliegen jedes einzelnen entsprechen zu können. Jedoch kritisiert er die Idee, sechs Gruppen von Sicherheitsbedrohungen zu identifizieren. Vorgeschlagen wird eine Kategorisierung in ökonomische und soziale Bedrohungen (Armut, infektiöse Krankheiten und Umweltschäden), zwischenstaatliche Konflikte, interne Konflikte, ABC- und radiologische Waffen, Terrorismus und grenzüberschreitende organisierte Kriminalität.

Der Autor stellt diesen Ansatz in Frage, denn soziale, ökonomische und militärpolitische Faktoren sollten seiner Meinung nach nicht als gleichwertige Bedrohung beurteilt werden. Herausforderungen wie Armut oder HIV/AIDS seien ganz anderer Natur als Terrorismus, Proliferation oder regionale Konflikte. Erstere sind keine Bedrohung durch Gewalt, weshalb ihnen auch nicht mit militärpolitischen Mitteln begegnet werden kann. Soziale und ökonomische Faktoren seien vielmehr Hintergrund und Ursache für militärische Bedrohungen. Durch die vorgeschlagene Kategorisierung werde die Trennlinie zwischen den Politikfeldern unscharf. Anstelle dieser wird ein positiver Ansatz vorgeschlagen: die Sicherung des Zugangs zu globalen öffentlichen Gütern (Global Public Goods – GPGs).

Der Zugang zu GPGs entspricht einer umfassenden Gewährleistung physischer Sicherheit und Stabilität, politischer Partizipation und Rechtsordnung, einer Garantie der Menschenrechte, einer offenen und inklusiven ökonomischen Ordnung sowie sozialem Wohlbe finden. Das menschliche Individuum steht bei GPGs im

Mittelpunkt wie beim Konzept von „Human Security“. Nach Biscop sei effektive Global Governance dann erreicht, wenn der universale Zugang zu GPGs gesichert ist. Dies sei Voraussetzung für globale Stabilität, die hauptsächlich bedroht wird von der ständig wachsenden Kluft zwischen Besitzenden und Habenichtsen – ausgedrückt in den unterschiedlichen Möglichkeiten des Zugangs zu GPGs.

Für die Analyse der Sicherheitsprobleme auf globaler Ebene müssen daher soziale und ökonomische Bedrohungen von militärischen getrennt werden. Herausforderungen beider Art muss jedoch gleichzeitig und gleichermaßen entgegengesteuert werden, um globale Stabilität zu erlangen. In diesem Sinne wird die Aussage der Europäischen Sicherheitsstrategie kritisiert, dass Sicherheit die Voraussetzung für Entwicklung ist. Es gebe keine kausale Verbindung zwischen beiden.

Das Schlüsselwort einer Politik basierend auf dem Konzept der GPGs ist Integration. Da die GPGs miteinander verbunden sind, sollten Aktivitäten in abgestimmter Art und Weise gesetzt werden. Die Instrumente dazu sind umfassend: Handel, Entwicklungszusammenarbeit, Umwelt, Polizei, rechtliche Zusammenarbeit oder Diplomatie stehen etwa dazu zur Verfügung. Eine Politik, die die Wichtigkeit der GPGs anerkennt, orientiert sich insbesondere an der strukturellen Konfliktprävention. Diese effektive Prävention soll mehr sein als schlichte Beschwichtigungspolitik. Sie soll proaktive Haltung zeigen und darauf abzielen, jene Umstände zu verändern, die Instabilität und Konflikt bewirken. Politik dieser Art impliziert Multilateralismus und Staaten als Hauptakteure.

Die EU und die UNO müssten zur Implementierung dieser politischen Vorgabe die Reformen ihrer Institutionen und Politiken fortsetzen. Erste wichtige Gelegenheit dazu biete – so Biscop in dem vor der Jahresmitte 2005 erschienenen Beitrag – der UN-Gipfel im September 2005. Aus heutiger Perspektive lässt sich feststellen, dass sich dessen Ergebnisse nur wenig mit den Wünschen des Autors treffen. Daneben solle besonders die EU angesichts der von ihr deklarierten Prinzipien und Werte eine Politik mit dem Ziel des universalen Zugangs zu GPGs betreiben.

Anne-Christine Peherstorfer